

WIR

Wissenswertes aus dem

INTEGRATIONS RAT



Nr.: 1

Dez. 2010

Interkultureller Kalender 2011

Der Nürnberger Rat für Integration und Zuwanderung hat einen Interkulturellen Wandkalender herausgegeben, der ab sofort in der Geschäftsstelle des Integrationsrates erhältlich ist.

Geschäftsstelle des Integrationsrates zieht ins Internationale Haus (Heilig-Geist-Haus)

Die Geschäftsstelle des Nürnberger Integrationsrats zieht Mitte Januar 2011 in das Internationale Haus (Heilig-Geist-Haus), Hans-Sachs-Platz 2, 90403 Nürnberg (3. Stock).

Weitere Informationen: Tel. 0911 231 3185

Interkultureller Preis 2010

Die internationalen Redaktionen von Radio Z (95,8 MHz) erhielten den diesjährigen Interkulturellen Preis des Nürnberger Rates für Integration und Zuwanderung. Die siebenköpfige Jury hat sich für die internationalen Radiomacher/innen entschieden, da sich Radio Z International seit Jahrzehnten in hervorragender Weise mit Themen der Integration und des interkulturellen Zusammenlebens in Nürnberg auseinandersetzt.

Unterstützung für bleibeberechtigte Flüchtlinge

Der Nürnberger Integrationsrat wünscht die Fortsetzung der arbeitsmarktlichen Unterstützung für Bleibeberechtigte und Flüchtlinge und beschloss einstimmig die Unterstützung und finanzielle Beteiligung an dem vom Europäischen Sozialfonds und dem Bundesarbeitsministerium geförderten Projekt. Das ursprüngliche Nürnberger Projekt BLEIB soll allerdings in einer neuen organisatorischen Form fortgesetzt werden. Das Projekt wird insgesamt drei Jahre (bis 31.10.2013) laufen. Ziel des Projektes ist die arbeitsmarktliche Unterstützung für Bleibeberechtigte und Flüchtlinge mit Zugang zum Arbeitsmarkt. Die Zielgruppe der bleibeberechtigten Flüchtlinge soll beraten, gefördert und

qualifiziert werden, um dauerhaft in Beschäftigungsverhältnisse eingegliedert zu werden.

Weitere Details und Informationen sind ab Januar 2011 in der Geschäftsstelle des Integrationsrates erhältlich, Tel. 0911 231 3185

Stadt soll Integration für Flüchtlinge ermöglichen

Der Nürnberger Integrationsrat forderte die Stadt Nürnberg auf, sich dafür einzusetzen, auch für Flüchtlinge mit einer „Duldung“, die in absehbarer Zeit das Land nicht verlassen werden, passende Integrationsangebote zu erarbeiten und zu etablieren.

In Nürnberg gibt es nur wenige lokale Initiativen, die sich für die Integration von Flüchtlingen einsetzen. Die Bestimmungen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge lassen die Teilnahme von Flüchtlingen ohne festen Aufenthaltstitel an Integrationskursen nicht zu. Um ein friedliches Zusammenleben in Nürnberg zu fördern, soll die Stadt Nürnberg die Integrationsangebote für Flüchtlinge ausweiten.

Kein Raum für braunes Gedankengut

Der Integrationsrat wünscht, dass der Nürnberger Stadtrat eine Resolution verabschiedet, damit die menschenverachtende rechtsextreme Szene keine Räumlichkeiten von Nürnberger Gastronomen und Hoteliers vermietet bekommt.

In der Begründung steht: Dem Beispiel anderer bayerischen Städte folgend, nicht zuletzt unserer benachbarten und befreundeten Stadt Fürth, hält der Integrationsrat eine Resolution des oben genannten Tenors für dringend notwendig. Die Nürnberger Verwaltung soll durch eine entsprechende Resolution des Stadtrates angehalten werden, mit entsprechenden Verbänden (Hotel, Gaststätten ...) in Verbindung zu treten, um ihnen die Ziele der Resolution näher zu bringen und sie um Unterstützung zu bitten. Den Rechtsextremen soll ihre Salonfähigkeit im öffentlichen Raum ab-

gesprächen werden. Auch private Gastronomen und Hoteliers sollen dazu beitragen, dass den Rechtsexperten klar vermittelt wird, dass ihr menschenverachtendes und rassistisches Gedankengut in der demokratischen Gesellschaft keinen Platz haben darf.

Antidiskriminierungsstelle

Die Stadt Nürnberg wird gebeten, die Antidiskriminierungsstelle des Menschenrechtsbüros effektiv auszubauen und mit ausreichend Personal und Finanzen auszustatten.

Wünschenswert wäre nach Ansicht des Integrationsrates eine arbeitsfähige Antidiskriminierungsstelle mit folgenden Schwerpunkten:

- Anlauf- und Beratungsstelle für Personen, die sich diskriminiert fühlen
- Bearbeitung der Diskriminierungsfälle und Verhinderung weiterer Diskriminierungen
- Vermittlung und Mediation bei Konflikten (z.B. in den Bereichen Nachbarschaft, Arbeitsplatz, Freizeiteinrichtungen, Schule-Elternhaus etc.)
- Systematische Erfassung, Analyse und Dokumentation von Diskriminierungsfällen
- Präventionsarbeit (v.a. in Bildungseinrichtungen)

Begründet wird der Antrag folgendermaßen: Der Stadtrat hat zwar 2006 das Menschenrechtsbüro mit der Antidiskriminierungsarbeit beauftragt, aber das Büro nicht mit ausreichend Personal und Finanzen ausgestattet. Es wäre sinnvoll, die kommunale Antidiskriminierungsarbeit zu effektiveren. Eine weitere enge Zusammenarbeit zwischen dem Menschenrechtsbüro und dem Integrationsrat wird angestrebt, die Einbeziehung und Stärkung der interkulturellen Mediation wäre wünschenswert.

Zuwandererfamilien und Pflegekinder

Der Integrationsrat richtete an das Jugendamt der Stadt Nürnberg eine offizielle Anfrage. Er möchte wissen, wie viele Kinder mit Migrationshintergrund in Pflegefamilien aufgenommen werden. Des Weiteren fragt der Integrationsrat: Wie viele Familien mit Migrationshintergrund haben sich bereit erklärt, ein Kind aufzunehmen? Wird bei der Suche nach einer Pflegefamilie auch der kulturelle und religiöse Hintergrund des Kindes berücksichtigt?

Zuschussmittel für Integrationsprojekte

Im Vorfeld der Haushaltsberatungen forderte der Integrationsrat vom Stadtrat, dafür Sorge zu tragen, dass den Schulen weiterhin ausreichende Zuschussmittel für Integrationsmaßnahmen zur Verfügung gestellt werden. Auch die Zuschussmittel für Maßnahmen der sprachlichen Integration (welche der Integrationsrat vergibt) sollten erhöht werden. In der Begründung hieß es: Der Förderbedarf für schulinterne Integrati-

onsprojekte ist weiterhin vorhanden, insbesondere im Bereich des Übergangs von der Grundschule in Realschulen und Gymnasien. In den letzten Jahren hat sich die Übertrittsquote von Kindern mit Migrationshintergrund in diese Schulen nur minimal verändert. Es besteht daher ein aktueller Handlungsbedarf.

Trotz intensiver Gespräche mit den Entscheidungsträgern konnte der Integrationsrat noch keine finanzielle Verbesserung herbeiführen.

Unterstützung für SCHLAU

Der Nürnberger Integrationsrat unterstützt die Aktivitäten der kommunalen Koordinierungsstelle SCHLAU (Schule–Lernerfolg–Ausbildung) und begrüßt das neue Element „Ausbildungsakquisition“ im Rahmen des Übergangsmanagements Hauptschule-Ausbildung. Insbesondere Jugendliche mit Migrationshintergrund, die nach der Hauptschule keinen Ausbildungsplatz erhalten haben, sollen beim Einstieg in die berufliche Ausbildung verstärkt Unterstützung erhalten.

In dem vom Land Bayern geförderten Projekt sollen Berufsschüler mit Migrationshintergrund gezielt in Ausbildungsplätze vermittelt werden.

Weitere Infos siehe: www.schlau-nuernberg.de

Längerer Auslandsaufenthalt für Senioren/innen mit Migrationshintergrund

Die Stadt Nürnberg wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass ein längerer Aufenthalt der Senioren, die nicht über die deutsche Staatsbürgerschaft verfügen, im Ausland keine ausländerrechtlichen Konsequenzen bzw. kein Verfallen der Gültigkeit der Niederlassungserlaubnis nach sich zieht. Auch bei einem niedrigen Renteneinkommen sollten die Rahmenbedingungen für den möglichen längeren Auslandsaufenthalt bzw. Wiederkehrrecht geschaffen werden.

Die Begründung des Integrationsrates lautet: Viele Menschen mit Migrationshintergrund sind auf Grund unterschiedlicher gesetzlicher Grundlagen im Alter benachteiligt. So kann z.B. ein Zuwanderer aus der Türkei, der in Deutschland als Gastarbeiter viele Jahre zu einem niedrigen Lohn gearbeitet hat und unter Umständen eine sehr niedrige Rente verdient hat, nicht frei entscheiden, in welchem Land er seinen Lebensabend verbringen kann, denn oft führen die ausländerrechtlichen Bestimmungen (z.B. Nachweis „Sicherheit des Lebensunterhalts“) dazu, dass das Rückkehrrecht der Menschen eingeschränkt wird.

Auch Menschen, die vielleicht 30 – 40 Jahre in einem Land gearbeitet hatten, dessen Rentenniveau dem Deutschen Durchschnitt nicht entspricht, sind oft auf Zuschüsse der Kommune angewiesen. Auch diese Menschen können nicht frei für eine längere Zeit Deutschland verlassen, ohne ihren Anspruch auf Niederlassungserlaubnis Aufenthaltserlaubnis und damit die Wiederkehr nach Deutschland zu verlieren.

Integration ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe

(einstimmige Erklärung des Integrationsrates)

Gelungene Integration entscheidet über die Zukunftsfähigkeit Deutschlands. Menschen mit Migrationshintergrund sind längst ein selbstverständlicher Teil der deutschen Gesellschaft.

Gegenwärtig wird sehr intensiv und zum Teil sehr aufgeregt über die Integration in Deutschland debattiert. Der Nürnberger Rat für Integration und Zuwanderung verfolgt mit großer Aufmerksamkeit diese Integrationsdebatte. Der Integrationsrat repräsentiert 190.000 Menschen mit Migrationshintergrund (Ausländer, Aussiedler, Eingebürgerte), die in Nürnberg leben, das sind ca. 38% aller Nürnbergerinnen und Nürnberger. Daher möchten wir darlegen, was wir unter Integration verstehen.

Ziel der Integration ist für uns die gleichberechtigte Teilhabe der Zuwanderer am wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Leben auf dem Boden des Grundgesetzes und unter Respektierung der verschiedenen kulturellen Orientierungen der Menschen.

Der Nürnberger Rat für Integration und Zuwanderung versteht unter Integration Folgendes:

- Integration ist eine Einigung auf gemeinsame Werte und Normen, die in unserer vielfältigen demokratischen Gesellschaft gelebt werden.
- Integration ist keine Assimilation – klar gesagt bedeutet dies, dass die Integration eine Gleichstellung mit den Einheimischen vorsieht, ohne dass die Menschen mit Migrationshintergrund ihre eigene Kultur aufgeben müssen.
- Eine gelungene Integration setzt Partizipation am gesellschaftlichen Leben voraus.
- Integration ist Zusammenleben in Vielfalt.
- Die Integrationspolitik soll Chancengleichheit und Gerechtigkeit fördern.
- Eine gelungene Integration ist nur mit dem Anerkennen und Respektieren der kulturellen und religiösen Vielfalt in der Gesellschaft möglich. Wir wünschen nicht nur Toleranz, sondern eine Akzeptanz auf gleicher Augenhöhe.
- Zur Integration in Deutschland gehört das Kennen und Verwenden der deutschen Sprache. Konkret: Zuwanderinnen und Zuwanderer müssen alles daran setzen, um Deutsch zu lernen.
- Der Minderheit der Menschen, die dem Integrationsprozess fernstehen, sollen klare Wege aufgezeigt werden, sie gesellschaftlich mitzunehmen.
- Integration bedeutet, bereit zu sein, sich zu verändern. Das gilt für Zugewanderte und Einheimische gleichermaßen.
- Die Integrationspolitik soll nicht nur die Defizite ausgleichen, sondern in erster Linie die Ressourcen der Zugewanderten befördern.

- Integration bedeutet Respekt vor den Menschen in der aufnehmenden Gesellschaft.
- Der Integrationsrat wünscht sich eine Willkommenskultur in Deutschland.
- Der Integrationsrat erwartet Maßnahmen zur Erweiterung der Bildungschancen aller Menschen. Insbesondere Kinder müssen frühzeitig gefördert werden.
- Die Zuwanderer tragen zur erfolgreichen Integration durch ihre Erfahrung und Kompetenz auf diesem Gebiet bei. Dieses Kapital soll die gesellschaftliche Entwicklung fördern.
- Zur Integration gehört, Vielfalt als Bereicherung zu begreifen.
- Integration bedeutet die Bereitschaft aller Menschen, mehr aufeinander zuzugehen und in den zugewanderten Menschen insbesondere die Potenziale wertzuschätzen.
- Der Integrationsrat lehnt Ghettobildung ab.
- Wir wenden uns gegen jede Art von integrationsbehindernder Ausgrenzung, gegen Rassismus und Diskriminierung. Eine negative Grundstimmung oder gar Feindlichkeit gegen ethnische oder religiöse Gruppen – ob gegen Ausländer, Aussiedler oder Flüchtlinge, ob gegen Zuwanderer oder Einheimische – kann nicht toleriert werden. Wir stehen fest hinter den Menschenrechten.
- Die Dynamik des unumkehrbaren demografischen Wandels in Deutschland (wir werden älter, weniger, bunter) verlangt weitere Zuwanderung nach Deutschland. Von der Politik erwarten wir intelligente Lösungen in Fragen der Integration.

Der Integrationsrat erwartet daher, die Diskussion nicht auf Kosten von Minderheiten in die falsche und stereotypenhafte Richtung zu lenken. Einfache Erklärungsmuster wie Herkunftskultur oder Religion greifen zu kurz. Nicht die Zuwanderung aus irgendeinem sogenannten „Kulturkreis“ ist für uns die entscheidende Frage, sondern die möglichst reibungslose und erfolgreiche Integration aller zugewanderten Mitbürger und künftigen Einwanderer aus allen Kulturräumen. Die Geschichte der NS-Zeit lehrt uns, dass solche Rückgriffe zu grausamen gesellschaftlichen und menschlichen Katastrophen führen können. Die Diskussionen auf dem Rücken von Minderheiten dienen nicht dem gesellschaftlichen Miteinander.

Jedes einzelne Individuum trägt Verantwortung für die gesamtgesellschaftliche Entwicklung. Deshalb wäre es wünschenswert, wenn die Menschenwürde im Mittelpunkt der Politik stünde. Wir warnen vor politischen Modeerscheinungen mit zweifelhaften Schlussfolgerungen, die zur Verfestigung von Vorurteilen und Diskriminierungen führen. Integration ist unsere gemeinsame gesamtgesellschaftliche Aufgabe.“

Terminhinweise:

- 29.01.11, 17:30 Uhr Neujahrsempfang des Nürnberger Integrationsrates im Rathaus (nur für geladene Gäste)
- Sitzung des erweiterten Vorstandes des Integrationsrates,
01.02.11, 17 Uhr, Geschäftsstelle des IR
- Sitzung des Integrationsrates,
21.02.11, 16 Uhr, Rathaus Nbg.
- Sitzung der Integrationskommission,
03.03.11, 15 Uhr, Rathaus Nbg.
Die Tagesordnung mit Beilagen siehe:
<http://iukdxs01.stadt.nuernberg.de/interis/calendar.do> (bitte Gremium und Monat wählen)

Impressum:

Geschäftsstelle des Integrationsrates, Peter-Vischer-Str. 17 (ab 2011: Hans-Sachs-Platz 2), 90403 Nürnberg,
Tel. 0911/231-3185, Fax 0911/231-8516
E-Mail: integrationsrat@stadt.nuernberg.de, Internet:
www.integrationsrat.nuernberg.de
Redaktion: Diana Liberova, Horst Göbbel, Friedrich Popp
V.i.S.d.P.: Diana Liberova, Peter-Vischer-Str. 17, 90403 Nbg.